CDU-Kreistagsfraktion Enzkreis
Stellungnahme zum Haushalt 2016, Kreistagssitzung am 14. Dezember 2015
Günter Bächle, Fraktionsvorsitzender

Die **Kreisumlage** hat hohes Potenzial für Ärger und Aufregung, sie ist die Umlage mit dem größten Verdruss-Faktor. Nein, das sage nicht ich, sondern ein Oberbürgermeister im Rems-Murr-Kreis. Verständlich, wenn über eine Anhebung von 37,5 auf 39 Prozentpunkte diskutiert wird. Da sind wir im Enzkreis fast schon bei den Glückseligen mit unseren 32,6 Prozent. Das wollen wir bleiben. Deshalb hat die CDU-Fraktion bei den Vorberatungen auch vorgeschlagen, nicht auf die vom Landrat beantragte Anhebung auf 33 Punkte zu gehen, sondern den Städten und Gemeinden 847.500 Euro mehr zu belassen durch die Beibehaltung von 32,6. Alles andere wäre nicht zu vertreten, nachdem seit Einbringung des Haushaltsplans 2016 mit Mehreinnahmen von 963.000 Euro sich eine weitere Verbesserung beim Finanzausgleich für den Landkreis ergab. Diese unerwarteten Verbesserungen wollen wir an die Kommunen weitergeben. Jahr für Jahr fährt der Enzkreis Überschüsse ein. Natürlich stecken Risiken im Haushalt, vor allem durch die vorläufige Unterbringung von Asylbewerbern, aber das gleiche Schicksal teilen wir mit den Kommunen durch die Anschlussunterbringung der Flüchtlinge. Der Kreishaushalt ist auch bei 32,6 Punkten solide finanziert. 8475000 Euro bei einem Etatvolumen von 211 Millionen Euro sind für den Landkreis nicht die Welt, aber ein Signal an die Kommunen, dass wir auch ihre teilweise schwierige Lage sehen. Ein gutes Zeichen des Miteinanders. Oder, um mit einem OB aus dem Kreis Ludwigsburg zu spre-

chen: „Der Kreis sind wir doch alle“. Sprach es bei einer von 31,5 auf 31 Punkte gesenkten Umlage.

Die CDU-Fraktion beantragt Punkt d) in der Vorlage 1/20/16, 2. Ergänzung.

Wenn ein Hebesatz von 32,6 Prozent verabschiedet wird, wären wir nach derzeitigem Stand in Baden-Württemberg unter den günstigsten drei bis fünf Kreisen, was die Kreisumlage je Einwohner angeht. Dies kann und wird sich aber noch ändern, wenn die Haushalte jeweils verabschiedet werden - so knapp unter die günstigsten fünf Kreise müssten wir es dann aber schaffen.

Prägend für den Haushalt 2016 ist sicher die sehr ungewöhnlich hohe Darlehensaufnahmen, bedingt durch die hohe Zahl von Flüchtlingen, und der wachsende Schuldenstand. Hier muss man aber berücksichtigen, dass die allermeisten Darlehen zinslos, also für uns „kostenlos“ sind und die Tilgungen vom Land erstattet werden. Es ist eine Vorfinanzierung. Hier verlassen wir uns auf die Zusage des Landes, die Ausgaben für Betreuung und Unterbringung von Asylbewerbern spitz abzurechnen. Davon kann auch eine neue Landesregierung nicht abweichen. Im Gegensatz zum Kreis müssen die Städte und Gemeinden die Kosten für die Anschlussunterbringung selbst schultern. Hier brauchen wir ganz dringend Lösungen.

Wichtig für den Kreis wird sein, dass wir mit der hohen Darlehensveranschlagung für 2016 handlungsfähig sind. Des-

halb halte ich auch nichts davon, die Darlehenssumme zu reduzieren.

Interessant ist es, diese 69,5 Millionen Euro Einnahmen aus der Kreisumlage einzelnen Ausgabenblöcken zuzuordnen. Ich will dies verbinden mit den Positionen der CDU-Fraktion:

Der **Personalaufwand** 2016 beträgt 43.908.351 Euro, ein Plus von 4,28 Millionen Euro gegenüber 2015. Dies entspricht 20,60 Punkten Kreisumlage. Wir tragen die 28,2 neuen Stellen für den Asylbereich mit, deren Kosten uns das Land erstattet. Mit der Zustimmung zum Stellenplan ist auch die formale Grundlage geschaffen für die übrigen zwölf neuen Stellen. Davon liegen für 3,5 Beschlüsse des Kreistages vor, für die anderen erwarten wir vor Ausschreibung und Besetzung eine Bedarfsdarlegung im jeweiligen Ausschuss. Unabhängig davon beantragen wir für die beiden Stellen im Energieberatungszentrum (EBZ) eine Befristung auf drei Jahre, nachdem die Kostenträger Bund und Sparkasse nur drei Jahre finanzieren. Anschließend müssen wir uns neu darüber unterhalten. Zwei weitere Stellen im Landwirtschaftsamt wegen Änderungen bei der EU-Agrarförderung lassen mich ratlos zurück angesichts der vor Jahren von den Grünen geforderten Abschaffung der Landwirtschaftsämter, weil sie in dieser Form nicht mehr gebraucht werden würden. Es war der heutige Landwirtschaftsminister, der diese Position mit Nachdruck vertreten hatte. Können wir hier nicht wenigsten zu Kooperationen unter Landkreisen kommen?

Der Zuschuss an die **Enzkreis-Kliniken** (Kapitaldienst für Investitionen einschließlich Betriebsdefizit) beträgt acht Milli-

onen Euro, 400.000 Euro mehr gegenüber 2015, entspricht 3,75 Punkten Kreisumlage. Inklusive der überplanmäßigen Ausgabe von einer Million Euro in 2015 und damit im Vorgriff ergibt sich bei den Kliniken ein Betrag für 2016 von neun Millionen Euro gleich rechnerisch 4,22 Punkte Kreisumlage: Wir stimmen dem Vorgriff von einer Million Euro zu, auch wenn die Vorlage die Ursachen verschweigt, nämlich das bei den Enzkreis-Kliniken im laufenden Jahr drohende Defizit von 5,8 bis 6,1 Millionen Euro, damit zwischen 1,3 und 1,6 Millionen Euro mehr als geplant. Wir nehmen die Million aus dem Überschuss des Kreises von 2014, sonst hätten 2016 neun Millionen im Haushalt finanziert werden müssen. Inzwischen liegt das Haus in Neuenbürg im Plan, dagegen hat die Klinik Mühlacker deutliche Schieflage, größtenteils wegen hausgemachter Faktoren. Auch die Unternehmensplanung 2016 verrät für Mühlacker nicht die von der Geschäftsführung angekündigte Trendwende, bleibt zurückhaltend was die Einrechnung der Chancen angeht. Allerdings sieht die CDU-Fraktion solche Chancen: Personelle Konsolidierung in der Chirurgie, weitere Investitionsförderung vom Land, zusätzliche Patienten durch die Schließung des Hauses Vaihingen als Akutkrankenhaus (die Gutachter errechnen einen jährlichen Vorteil von zwei Millionen Euro daraus für Mühlacker). Wir begrüßen die Einrichtung einer direkten Omnibusverbindung von Vaihingen zum Krankenhaus Mühlacker, die – so die Worte des Ludwigsburger Landrats Haas – „in der Pipeline ist“. Das Haus in Neuenbürg nimmt durch den Schwerpunkt Gelenke eine gute Entwicklung, die dort gefundene Lösung ist ein Glücksfall. Hoffnungsvoll stimmt mich aber auch, dass die Kliniken des Landkreises Karlsruhe – unser Mitgesellschafter in der Regi-

onalen Kliniken Holding - nach einer mehrjährigen Strukturreform 2014 einen Überschuss erwirtschafteten und 2015 mit einer roten Null abschließen. Ergo: Auch ein kommunaler Träger kann Krankenhaus.

Zu einem weiteren Haushaltskapitel: Der Zuschuss **ÖPNV** an den Verkehrsverbund Pforzheim/Enzkreis (VPE) von 4,02 Millionen Euro , 596.000 Euro mehr gegenüber 2015. Die Gesamtsumme entspricht 1,89 Punkte Kreisumlage. Also über eine halbe Million Euro mehr für einen Verbund, der nachhaltig Fahrgäste verliert, der hier auf diese Stadt Pforzheim fixiert ist, der Buslinien streichen will zum Nachteil des ländlichen Raums und erst davon Abstand nimmt durch den heftigen Widerstand von Maulbronns Bürgermeister Felchle, - ein Verbund, der sich Vorschlägen verweigert, den ÖPNV attraktiver zu machen und auch die Tarifhürden zum Verkehrsverbund Stuttgart (VVS) endlich abbauen hilft, und der viel zu lange braucht für neue Angebote wie den Anschluss der neuen Gewerbegebiete im Heckengäu an den ÖPNV. Ich weiß, der Enzkreis ist nur einer von mehreren Gesellschaftern. Aber wir erwarten vom neuen Gesellschaftervertrag Korrekturen, auch was die Beteiligung des Kreistages an den Tarifentscheidungen angeht. Es kann nicht sein, dass wir als Gremium außen vor bleiben, der Gemeinderat der Stadt auch bei Tarifteilen mitredet, die voll den Enzkreis angehen. Der ÖPNV im Enzkreis und über Kreisgrenzen hinweg muss attraktiver werden auch als Beitrag zum Klimaschutz. Es reicht eben nicht, eine Klimaschutzbeauftragte des Enzkreises zu etablieren, gleichzeitig aber vom Landrat zu hören, es sei kein Weltuntergang, zwei Fahrkarten für eine Strecke und ein Ziel lösen zu müssen. Wer Vorschläge einbringt, um

den VPE fortzuentwickeln, damit er kein Fahrgast-Verhinderungsverbund wird, macht den VPE nicht madig, er stänkert auch nicht wie Sie, Herr Landrat, zu sagen beliebten, er hilft ihm, zukunftsfähig zu werden. Das von der CDU angestoßene Thema weiterer VVS-Tarifpunkte in Heckengäu, Tiefenbronn und Mühlacker bleibt auf dem Tisch, in einem gemeinsamen Antrag wollen die Fraktionen von SPD und CDU Verbesserungen auch bei den Linien vom östlichen Enzkreis in die Region Stuttgart erreichen. Wir lassen uns nicht abwimmeln, das kündigen wir für 2016 an. Die CDU hat die Bildung einer interfraktionellen Arbeitsgruppe vorgeschlagen, um in diesem Themenbereich voranzukommen. Zur Stärkung des ÖPNV würde auch eine Stadtbahn von Ittersbach über Straubenhardt und Birkenfeld hier nach Pforzheim beitragen. Solche Bahnen schreiben derzeit landauf landab Erfolgsgeschichte. Stattdessen ließ sich der Enzkreis durch die Stadt mit dem Vorschlag Metrobus aufs Abstellgleis schieben.

Mit Sorge beobachten wir die Entwicklung des Transferaufwandes für **Sozialleistungen**, der – hauptsächlich durch die Zahlungen an Flüchtlinge - von 81,7 auf 96,7 Millionen Euro steigt. Davon bleiben am Enzkreis 44,7 Millionen Euro - 2015 waren es 44,2 Millionen Euro – hängen. Das entspricht rechnerisch 20,99 Punkten. Hier stecken wir im Korsett der gesetzlichen Vorgaben, haben kaum Bewegungsspielraum. Doch in jenen einzelnen Fällen, in denen ein Entscheidungsspielraum besteht, ist die Verwaltung gefordert, noch mehr auch die gesamte Ausgabenseite im Auge zu behalten. Mit Sorge betrachtet die CDU-Fraktion, dass der Sozial- und Jugendhilfeetat immer mehr steigt und dies trotz Vollbeschäf-

tigung. Was machen wir eigentlich, wenn wir gesamtstaatlich in eine wirtschaftliche Krise geraten mit allen Folgen eines noch stärker wachsenden Sozialetats bei gleichzeitig wegbrechenden Steuereinnahmen? Die einstigen Hoffnungen, durch die Übernahme der Eingliederungshilfe für Behinderte sowie die Betreuung und Vermittlung von Langzeitarbeitslosen und damit Arbeitslosengeld-II-Empfängern auf den Landkreis diese Bereiche besser und kostengünstiger steuern zu können, sollten einer kritischen Bestandsaufnahme unterzogen werden. Die CDU-Fraktion hat für den Bereich Arbeitslosengeld II einen Antrag gestellt.

Meine Damen und Herrn, die derzeit größte Herausforderung ist die Aufnahme einer großen Zahl von **Flüchtlingen**. Ich habe das Thema gestreift, soweit es die finanziellen Folgerungen für den Kreis betrifft. Nachdem der Herr Landrat in seiner Rede zurecht gesagt hatte, als Leiter der staatlichen unteren Verwaltungsbehörde sei er dem Land gegenüber für die Aufgabenerfüllung verantwortlich und unterliege dabei der Fachaufsicht der übergeordneten Behörden und nicht der Kontrolle des Kreistages, lasse ich das Thema auch dort, wo es hingehört, in den staatlichen Bereich des Landratsamtes und sage dazu nur eines: Die Integration derjenigen, die hier blieben dürfen, wird auch zur großen kommunalen Aufgabe – zur Gemeinschaftsaufgabe. Von den zusätzlichen Kapazitäten in Kindergärten und Schulen, Sprachkursen bis hin zur Schaffung bezahlbaren **Wohnraumes**, letzterer auch für jene, die schon bisher vergeblich eine Mietwohnung, die sie bezahlen können, suchen. Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Sparkasse Pforzheim Calw ihren öffentlichen Auftrag sieht, an der Schaffung solchen Wohnraumes mitzuwir-

ken, in welcher Form auch immer. Unabhängig davon danken wir allen, die sich ehren- aber auch hauptamtliche bei der Aufnahme von Asylbewerbern bis an ihre Grenzen engagieren. Gerade deshalb müssen wir auch an die Grenzen unserer Aufnahmefähigkeit als Land und Gesellschaft denken. Zumindest Diskussionen darüber sind legitim.

Meine Damen und Herrn,
die CDU-Fraktion stimmt dem Haushaltsplan 2016 zu, zumal sich eine Mehrheit für 32,6 Punkte abzeichnet. Wir tragen alle Projekte und Maßnahmen mit, ohne dass ich darauf im Detail eingegangen bin. Freude bereiten uns die **Berufsschulen**, die junge Menschen aus dem Enzkreis besuchen. Besondere Freude bereiten uns aber unsere eigenen Berufsschulen mit den beruflichen Gymnasien in Mühlacker. Dass wir auch Freude auslösen können, zeigt die Begeisterung eines Technischen Lehrers über die neuen Maschinen für die Werkstätten: Es sei wie Tag und Nacht zu vorher, sagte er mir. Wir hoffen natürlich, dass auch bald die Sporthalle den Berufsschulen wieder zur Verfügung stehen kann.

Noch drei Bemerkungen zu Themen, die den Haushalt nicht direkt berühren:

1. Der Ausbau der **Breitbandversorgung** ist langsamer als das lahme Internet in Schmie, wie es ein Maulbronner Stadtrat zu Recht sagte. Wir wollen endlich Taten sehen, nicht nur immer wohlfeile Ankündigungen. Sonst droht der Zweckverband auseinanderzufallen.

2. Wir verfolgen mit Sympathie die Arbeit der Spezialklinik in Maulbronn, dem **Kinderzentrum** – eine seltene Beteiligung, die uns nicht mal etwas kostet. Nachdem die Erweiterung zu einem nicht unerheblichen Teil von einem Förderverein, der Christopherushilfe, finanziert wird, hoffen wir sehr, dass die Spendenfreudigkeit der Bevölkerung auch diesem Projekt zugutekommt.

3. Mit Sorge verfolgen wir die Pläne des Bundesumweltministeriums fürs neue Wertstoffgesetz. Künftig sollen private Unternehmen für die lukrative Entsorgung von Wertstoffen zuständig sein, die Kommunen bleiben auf den Verlustbringern sitzen mit der Folge steigender **Müllgebühren** für Haushalte und Betriebe. Das läuft auf Rosinenpickerei hinaus. Konflikte sollen nicht vor Gerichten, sondern vor Schiedsstellen ausgetragen werden, ist im Gesetzentwurf vorgesehen. Ein unmöglicher Vorschlag. Im Interesse unserer Bürgerinnen und Bürger muss die Kreisverwaltung laut Widerspruch bei unseren Abgeordneten anmelden.

Abschließend gilt unser Dank den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung mit dem Landrat und den Dezernenten an der Spitze für ihren Einsatz. Ein besonderer Dank geht an die Kämmerei und an Sie, Herr Stephan, für das vertrauensvolle Miteinander. Bleiben Sie so! Dass die Kreistagsfraktionen ein gutes Miteinander pflegen, will ich unterstreichen. Anerkennung und Dank dem neuen IT-Kompetenzzentrum Frau Hahn und Frau Grosch, auch genannt Geschäftsstelle des Kreistages.
Dann also auf ein gutes neues Jahr und - auf den papierlosen Kreistag.